

# LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

## GEMEINSINN UND ERNEUERUNG EIN BRANDENBURG FÜR ALLE

Der Landesverband DIE LINKE. Brandenburg führte am 4. November 2009 eine Außerordentliche Tagung seines ersten ordentlichen Landesparteitages im Klubhaus am See in Strausberg durch.

Inhaltlicher Schwerpunkt des Parteitages war der Beschluss des Koalitionsvertrages mit der SPD unter dem Titel GEMEINSINN UND ERNEUERUNG: EIN BRANDENBURG FÜR ALLE.

Lange und durchaus kontrovers war die Diskussion, bevor die Delegierten am späten Abend ihre Entscheidung fällten.

Vor allem die Energiepolitik, besonders die Braunkohleverstromung, war ein heikles Thema an diesem Abend.

Mehrere Beschlüsse wurden gefasst wie beispielsweise die Erarbeitung einer Bilanz durch den Landesvorstand und die Linksfraktion in Brandenburg. So soll gezeigt werden, welche politischen Ziele und Projekte des Wahlprogrammes der LINKEN unter besonderer Berücksichtigung der 15 Schlüsselvorhaben im Koalitionsvertrag in welcher Qualität berücksichtigt worden sind. Daraus abgeleitet sollen der ersten Tagung des zweiten Landesparteitages im März 2010 Vorschläge unterbreitet wer-

den, welche im Koalitionsvertrag nicht genannten Ziele und Schlüsselvorhaben des Wahlprogrammes der LINKEN prioritär weiter zu verfolgen sind.

Natürlich ist der vorliegende Koalitionsvertrag keine 1:1-Umsetzung des Wahlprogramms der LINKEN. Eine Koalition ist ein Kompromiss. Der wiederum ist die Lösung eines Konflikts durch gegenseitige Übereinkunft, meist unter Verzicht auf Teile der gestellten Forderungen beider Seiten.

Aber: Politisch wird in Brandenburg eine neue Richtung eingeschlagen. Es gibt viele LINKE - gute, zukunftsweisende - Vorhaben. Die Frage ist nicht, was die Verhandlungsgruppe der Linksfraktion in den Sondierungsgesprächen nicht durchsetzen konnte, sondern genau das Gegenteil. Die Tatsache, dass mit Rot-Schwarz alles so geblieben wäre wie bisher, ist unbestreitbar. Dass die SPD in einer Koalition mit der LINKEN weit nach links rücken muss, ist auch klar und deshalb ist diese Koalition ein großer Schritt in die richtige Richtung auf dem Weg zur Umsetzung linker Ziele.

Dem Vertrag zur Bildung dieser Koalition stimmten 124 Delegierte zu, 15 stimmten mit Nein, fünf enthielten sich.

Tina Senst,  
Luckenwalde

### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 9

### Zitiert ...

*Der sittliche Mensch liebt seine Seele, der gewöhnliche sein Eigentum.*

Konfuzius

**DIE LINKE.**

## 60 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund

Der DGB wurde am 13. Oktober 1949 in München gegründet.

Der Geltungsbereich erstreckte sich ausdrücklich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Aufnahmebedingungen waren:

„Nur eine Gewerkschaft für gleiche Arbeitnehmergruppen und Anerkennung der Richtlinien des Bundeskongresses und Bundesausschusses“.

Zuvor gab es sieben regionale Gewerkschaftsbündnisse, die sich vom 7. bis 9. September in Hannover auflösten. Gründungszweck war:

„Die Zusammenfassung aller Gewerkschaften zu einer wirkungsvollen Einheit und Vertretung der gemeinsamen Interessen auf allen Gebieten, besonders in Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik“.

Hans Böckler, der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, betonte: „Nicht der Wille zur Macht hat die Gewerkschaften bestimmt, sondern vor allem die Erkenntnis, dass der politischen Demokratie die

wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muss.“

Zu den Forderungen und Errungenschaften der Gewerkschaften gehören das 1.-Mai-Plakat von 1956 (Ein Kind sagt: „Samstags gehört Vati mir“) als Klassiker, die Kampagnen zu Beginn der 60er Jahre für kürzere Arbeitszeiten, ein 13. Monatsgehalt und vier Wochen Urlaub.

Davon sollen alle profitieren: „SchülerInnen sind auf gute öffentliche Schulen angewiesen. Jugendliche brauchen gute Ausbildungsplätze und Perspektiven für ihre Zukunft.

ArbeitnehmerInnen haben ein Recht auf Arbeit, von der sie anständig leben können. Arbeitslose dürfen nicht abgeschrieben werden und RentnerInnen sollen ihr Leben ohne Not genießen können.“

Diese Ziele des DGB sind „durch den Rückzug der Politik und die alleinige Macht der Märkte bedroht. Besonders seit der dadurch hervorgerufenen schwersten Krise seit 80 Jahren.“

Die Gewerkschaften drängen: „auf Regulierung der Finanzmärkte, denn die Beschäftigten sind am Ende die Leidtragenden mit Steuererhöhungen, Sozialkürzungen, Entlassungen und Lohnverlust.“

Die gewerkschaftlichen Erfolge bisher „sind Ansporn für eine menschliche Gestaltung der globalen Zukunft. Der internationale Gewerkschaftsbund (IGB) soll die Zusammenarbeit fördern.“

Die Gewerkschaften sind die Stärke der Schwachen. Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB stehen zu ihrer Verantwortung gegen soziale Ausgrenzung, Intoleranz, Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus, aber für Solidarität auch in Zukunft.“

Wir möchten diese DGB-Aussagen ausdrücklich unterstützen und gratulieren, auch nachträglich, herzlich zum 60. Geburtstag.

*Rainer Weigt,  
Klein Schulzendorf*

### Schwarz-Gelbe Aussichten

Die Merkel-Westerwelle rollt heran  
und kommt wie ein Tsunami an.  
Steuergeschenke verteilt man voller Hast,  
die Schwachen tragen dann der Krise Last.

Vor den Wahlen tönten sie sozial,  
die schönen Worte sind heute egal.  
Die Reichtumsschere öffnet sich noch weiter,  
die Reihen der Armen werden breiter.

Sie wollen Leistungsträger schonen,  
es würde sich für alle lohnen.  
Doch die, die wirklich Leistung bringen,  
müssen mit Dumpinglohn ums Überleben ringen.

Soll es gerechter sein auf Erden,  
muss Arbeit neu bewertet werden,  
denn ohne Reinigungskraft, oh Schreck,  
erstickt der Manager im Dreck.

Haben Bauer und Bäcker zu wenig Lohn,  
dann merken's alle Bürger schon,  
denn ohne Nahrung, ohne Brot,  
da leiden auch die Reichen Not.

Schwarz-Gelb wird keine Besserung bringen.  
Um unsern Anteil müssen wir selber ringen.  
Nur wenn wir uns zum Kampf vereinen,  
wird auch für uns die Sonne scheinen.

*Rainer Weigt, Klein Schulzendorf*

## Einer von uns

**Christa: Jürgen, beginnen wir das Interview mit einigen biographischen Daten.**

*Jürgen:* Geboren am 1. Mai 1941 in Berlin-Prenzlauer Berg, Jugend und Schulzeit dort verbracht, Lehre als Drucker (im ND), Ausbildung zum Industriemeister und Ingenieur des Druckereigewerbes. 1965 bis 1990 Tätigkeit in der Druckerei und im künstlerischen Bereich beim Fernsehen der DDR, 1990 Berentung.

Da die sechs Kinder und elf Enkel nach 1989 in München, Berlin und Greifswald verteilt waren, wollten meine Frau Sonja und ich unser Rentenalter in Ruhe gestalten und zogen 2001 nach Zossen/Nächst-Neuendorf, wo wir heute leben.

**Christa: Wie verlief deine gesellschaftlich-politische Entwicklung?**

*Jürgen:* Ich bin aufgewachsen an der Bernauer Straße, im Grenzgebiet Ost/West. Das Leben dort war schon damals geprägt von Auseinandersetzungen der beiden Systeme.

So mussten wir z. B. erleben, dass am 17. Juni 1953 eine Verkäuferin in ihrem Kiosk verbrannte, der von Raudis mit Benzin übergossen worden war.

Ich wurde Mitglied der Jungen Pioniere und der FDJ und mit 18 Jahren der SED. Hier hatte ich verschiedene Funktionen; ab 1990 war ich zwölf Jahre lang für die PDS Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Trep-tow/Köpenick.

**Christa: Wie gestaltet sich dein Leben als Rentner?**

*Jürgen:* Wir wohnen im ProCurand-Senioren-Wohnpark Nächst-Neuendorf, fühlen uns hier sehr wohl und haben viele neue Freunde und Bekannte. Im Herbst 2002 fanden wir den Weg in



**Jürgen Steinert**

die PDS-Basisorganisation Zossen, die damals aus fünf Mitgliedern bestand. Im September 2003 wurden Konrad Tschorn und ich als Stadtverordnete gewählt, ich bin Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Hauptausschuss und leite den Finanzausschuss. Außerdem bin ich Mitglied des Kreisvorstandes meiner Partei.

**Christa: Was ist euer Hauptanliegen als gewählte Volksvertreter?**

*Jürgen:* Unser Wahlprogramm „Global denken – lokal handeln“ ist gekennzeichnet durch Nachhaltigkeit und Solidarität, berücksichtigt vor allem die Interessen der jungen und einkommensschwachen Einwohner der Stadt.

Wir machen konkrete Vorschläge zu dem bereits genannten Leitbild, einem Bürgerhaushalt und offenen freien Stadtmedien, zur Überwindung des allseits bekannten Demokratiedefizits in der Stadt. Wir setzen auf Kommunikation statt Konfrontation, auf ein lebendiges Miteinander, auf kluge Entscheidungen, die die globale Entwicklung nicht aus dem Auge lassen.

**Christa: Welche Ergebnisse konntet ihr erreichen?**

*Jürgen:* Inzwischen sind wir 21 Mitglieder der Partei DIE LINKE in der Großgemeinde Zossen und haben in

jedem Ortsteil aktiv arbeitende Sympathisanten.

Zu den Kommunalwahlen 2008 sind wir mit 14 Kandidaten angetreten und haben 17,8 % der Stimmen erreicht.

Von Anfang an haben wir uns nicht eingeeigelt, sondern aktive „Außenpolitik“ gemacht mit öffentlichen BO-Versammlungen, öffentlichen Fraktionssitzungen, Kontaktaufnahmen zu Jugendklubs und anderen Organisationen und Gremien.

Fast alle der neu gewonnenen Mitstreiter sind keine Unbekannten in Zossen. Dazu gehören z.B. Rainer Reinecke, der erste Vorsitzende des Jugendfreizeitvereins „Leo e.V.“, Brigitte Klein, die Leiterin der „Zossener Brücke“, ein Verein, der den generationsübergreifenden Dialog pflegt, oder Mitglieder des Jugendparlaments.

Auch in der Bürgerbewegung gegen Rechts „Zossen zeigt Gesicht“ engagieren wir uns. So wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Zossen eine offene, für Bürger lebenswerte Stadt wird.

**Christa: Vielen Dank für das aufschlussreiche Gespräch. Ich wünsche dir und deinen Mitstreitern viel Erfolg und persönlich alles Gute.**

*Christa Zernick, Am Mellensee*

### Übrigens:

*Der aktuelle Mitgliederstand der Partei DIE LINKE in Deutschland:  
77.673 Genossen*

*Eintritte seit Gründung der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007:  
6.575 Genossen  
(Stand: 30.9.2009)*



## Linke Politik im Landtag

### Rechtssicherheit auch im Landesinteresse notwendig

DIE LINKE bleibt bei ihrer Unterstützung aller Aktivitäten für einen optimalen Lärmschutz für die Betroffenen am Flughafen BBI. Deshalb hat das auch Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Mit den Regelungen für die Randzeiten (bis zu 100 Flugbewegungen pro Nacht) im nun vorliegenden Planergänzungsbeschluss sehen auch wir den optimalen Lärmschutz für die Betroffenen nicht gegeben. Insofern bleibt für die Betroffenen nur die gerichtliche Auseinandersetzung zur Abwägung zwischen Anwohnerschutz und Flugverkehrsinteressen. Es geht um die Klärung der Frage, ob vorrangig auf den wirtschaftlichen Nachtflugbedarf

gesetzt und ob eine Verlagerung dieses Bedarfs in den Tag oder in weniger sensible Randzeiten genügend geprüft worden ist. Das zu klären liegt auch im Landesinteresse. Es muss Rechtssicherheit zum Nachtflugverbot geben, damit die nötigen Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt werden können und die Inbetriebnahme des BBI nicht in Frage steht. Die Linksfraktion wird das zuständige Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft bitten zu prüfen, den Bürgerverein für sein Klageverfahren gegen den Planfeststellungsbeschluss finanziell zu unterstützen. Gemeinsam mit den betroffenen Kommunen wäre das der richtige Weg, um Planungssicherheit für alle zu schaffen. <



*In der Landtagsfraktion der LINKEN arbeite ich als stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Fraktionsvorstand, leite den Arbeitskreis Wirtschaft, Energie, Verkehr und ländliche Entwicklung und bin Sprecherin für Verkehrspolitik, Regionalplanung und Raumordnung.*

## Wie kompromissbereit sind wir?

Um es gleich vorweg zu nehmen: Ich glaube, dass für uns als Partei insgesamt große Anstrengungen, eine breite und ehrliche Diskussion und Bereitschaft zur Kompromissfähigkeit wieder „neu“ entwickelt werden müssen.

Seit fast 20 Jahren haben wir vor allem die Rolle der Opposition eingenommen und jetzt stehen wir, um mit Lenin zu sprechen, an der Schwelle zu einer neuen Qualität.

Diese „neue Qualität“ müssen wir vor allem mit Inhalt füllen, um im Interesse unserer Wähler und der eigenen programmatischen Zielstellung, Fähigkeiten zu entwickeln, die politische Kompromissfähigkeit abverlangen, an die vor Jahren niemand gedacht hätte. Verantwortung für etwas zu tragen heißt in erster Linie, auch über die Machbarkeit unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen ernsthaft nachzudenken. Ich bin davon überzeugt, dass wir alle in diesem Prozess weiter dazulernen müssen.

Auf der Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes Luckenwalde gemeinsam mit der Basisorganisation

der Gemeinde Nuthe-Urstromtal haben wir genau zur o. g. Problematik eine sehr inhaltsreiche Diskussion geführt.

Anstrengende Monate und Tage liegen hinter uns; Dank und Anerkennung für die unzähligen freiwilligen und ehrenamtlichen Stunden im Wahlkampf waren der Ausgang unserer Versammlung. Vor uns lagen die Ergebnisse zum Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der LINKEN im Land Brandenburg und die wenige Tage alte Vereinbarung für die weitere politische Arbeit im Kreis Teltow-Fläming.

In der Zwischenzeit wissen wir, dass der Parteitag der LINKEN den Koalitionsvertrag für das Land Brandenburg bestätigt hat sowie die Zustimmung des Kreisparteitages für die weitere Arbeit im Kreis erfolgte. Jetzt kommt es darauf an, so wie in unserer Diskussion deutlich wurde, alle auf diesen Weg mitzunehmen und immer wieder auch darüber politisch ehrlich zu streiten: Was hat in der politischen Arbeit zuallererst Vorrang? Was sind die jetzigen und heutigen Aufgaben?

Was dürfen wir in keiner Weise vernachlässigen, um es in den nächsten Jahren auf den Weg zu bringen?

Unsere Diskussion hat gezeigt, dass es neben vielen Kontroversen zur inhaltlichen Problematik vor allem diese Fragen zu klären gilt. Wir sollten uns noch viel mehr dazu verständigen, wir werden das im Stadtverband zielgerichtet weiter fortsetzen. Es geht also darum, noch viel mehr über Alternativen nachzudenken, weil Forderungen allein, die nicht auf ihre Machbarkeit geprüft sind, uns nicht voranbringen. Um so wichtiger ist es, wie in unserer Diskussion zu Kohle, Tagebau, Verstromung oder BBI deutlich wurde, noch mehr über Realitäten nachzudenken und wie im Interesse aller positive Veränderungen herbeigeführt werden können.

Nur gegen etwas zu sein, bringt uns keinen Schritt voran. Ich glaube, dass unsere Diskussion ein guter Anfang war, und hier gilt es besonders den Erfahrungsschatz der älteren Generation in Einklang zu bringen mit den Forderungen, Wünschen und Hoffnungen unserer jungen Mitstreiter.

*Hartmut Ukrow, Luckenwalde*

## Fraktion DIE LINKE. in der Stadtverordnetenversammlung

Kurz vor Jahresende können wir in der Stadtfraktion Luckenwalde auf ein ereignisreiches Jahr 2009 zurückblicken.

Am Anfang stand die Neuformierung der Stadtfraktion unter meiner Leitung und die gemeinsame Suche nach einem/einer geeigneten Kandidaten/Kandidatin für die Wahl zum/zur Bürgermeister/Bürgermeisterin.

Es würde „Eulen nach Athen tragen“ heißen, wenn ich hier alle Ereignisse des Jahres komplett Revue passieren lassen würde. Ihr alle habt sicherlich über die verschiedensten Informationswege davon Kenntnis erhalten.

Ich persönlich möchte hier trotzdem die Zeit des Bürgermeisterwahlkampfes mit unserer Kandidatin, Kirsten Gurske, in den Mittelpunkt stellen. Das Wahlergebnis von unserer Kirsten kann sich sehen lassen. Mit 23.3 % der Stimmen der Bürgerinnen und Bürger hat sie, haben wir ein beachtliches Ergebnis errungen. Seitdem Anfang Mai Kirsten uns signalisiert hat, dass sie sich der Herausforderung stellen will, gab es eine Vielzahl von Vorschlägen und Initiativen, um den Wahlkampf so führen zu können, dass Kirsten, nachdem zwei weitere Kandidaten neben der bisherigen Bürgermeisterin in den Wahlkampf einstieg, zumindest die Stichwahl gegen die Amtsinhaberin erreicht.

Die Zeit war knapp. Wer kannte Kirsten Gurske in unserer Stadt? Rund 18.000 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger waren zwischen Mai und September zu überzeugen, dass wir mit unserer Kandidatin eine fach- und sachkompetente Alternative zur Amtsinhaberin Frau Herzog-von der Heide bieten wollen. Es ging und geht nicht darum, einen generellen anderen politischen Weg in Luckenwalde gehen zu wollen, sondern die Strategie, die wir uns als Abgeordnete noch kurz

vor Ablauf der letzten Wahlperiode mit dem „integrierten Stadtentwicklungskonzept“ gegeben haben, mit neuem Schwung und im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Das ist ein Handlungskonzept zur langfristigen Entwicklung unserer Stadt bis zum Jahre 2020, was deutlich auch unsere, die LINKE Handschrift trägt. Kirsten hat hier in den wenigen Wochen ihres unermühtlichen Wahlkampfes viel geleistet.

Die Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, die Wahlveranstaltungen zu fachpolitischen Themen wie Bildung, Tourismus oder Fragen der Wohnungspolitik oder der Seniorenarbeit führte sie immer gemeinsam mit uns, den bereits gewählten Abgeordneten.

Viele Anregungen konnten wir für unsere eigene Arbeit als Abgeordnete mitnehmen, da Kirsten mit der Sicht einer „Außenstehenden“ natürlich zu den Lösungsvarianten von Problemen in unserer Stadt in der einen oder anderen Form eine andere Auffassung hat. In solchen Situationen hat man gespürt, dass sie Sachverstand in die kommunale Arbeit hätte mit einbringen können, wenn es uns gelungen wäre, die Wählerinnen und Wähler mit unserem Angebot einer neuen, frischen, unbelasteten Art an die Zukunftsgestaltung unserer Stadt zu gehen, zu überzeugen. Danke Kirsten.

Die politischen Ergebnisse der Wahlen zu den Bundestags-, Landtagswahlen und zu der bevorstehenden Landratswahl lassen erkennen, dass wir als Abgeordnete der LINKEN in unserem Stadtparlament durchaus auch mehr in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gerückt sind und unsere Wählerinnen und Wähler uns an unseren Wahlprogrammen zur Kommunalwahl 2008 und zur Bürgermeisterwahl 2009 messen werden.

L  
U  
C  
K  
E  
N  
W  
A  
L  
D  
E



Wir werden das Angebot der neugewählten Bürgermeisterin, Frau Elisabeth Herzog-von der Heide, annehmen den „eingeschlagenen Luckenwalder Weg“ gemeinsam mit ihr zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zu gehen, und die Gemeinsamkeit anmahnen, wenn einer diesen aus parteitaktischen Gründen verlassen will.

*Erik Scheidler,  
Luckenwalde*

### Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. in der SVV Luckenwalde:

**Erik Scheidler, Vorsitzender**  
**Hans-Jürgen Akuloff**  
**Sabine Bölter**  
**Dr. Margitta-Sabine Haase**  
**Dr. Heidemarie Migulla**  
**Jochen Neumann**  
**Dipl.-Med. Eberhard Pohle**  
**Erik Scheidler**  
**Birgit Schott**  
**Manfred Thier**  
**Kornelia Wehlan**  
**Andreas Zabel**

**DIE LINKE.**  
 Fraktion in der SVV Luckenwalde

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

### Deutsche Geschichte erinnert, inszeniert aber auch Vergessen

Dazu erklärte Lothar Bisky vor dem Parteivorstand: „Unter den Feiern zum 20. Jahrestag des Mauerfalls wurde der 9. November 1938 und der 9. November 1918 förmlich ins Abseits des Erinnerns und der geschichtlichen Aufarbeitung gehoben. Auf der anderen Seite, so hat es Lutz Herden im „Freitag“ sehr schön herausgearbeitet, ist die Reduktion der Maueröffnung auf einen Tag zugleich auch mit einem Vergessen über 40jähriger Geschichte und einem Verschweigen der Prozesse verbunden, die hin zum wirklichen Prozess der Maueröffnung führten. Der Tendenz zur Verstaatlichung der Geschichtspolitik standen glücklicherweise viele Initiativen von Geschichtswerkstätten und Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, die die geschichtliche Tiefe angegangen sind und auch wissen, dass dies eine bleibende Aufgabe ist. Die Geschichtslosigkeit des Erinnerns jüngster deutscher Geschichte wird nur bedingt den Millionen Bürgerinnen und Bürgern der DDR gerecht, die die friedliche Öffnung der Deutschen Demokratischen Republik in ihre Hände genommen hatten. Denn erzählt man noch mehr deutsche Geschichte als jene, für die es mehrheitlich noch Zeitzeugen gibt, dann sticht die historische Besonderheit der Art und Weise der Maueröffnung noch einmal anders ins Auge. Man ist geneigt, hier den Bogen zu spannen und ein spätes Vermächtnis der Einheits- und Freiheitsbestrebungen von 1848 aufscheinen zu sehen. Wir sollten in diesen Tagen, an denen viele Staatsmänner und -frauen gewürdigt wurden, auch darauf verweisen, dass es Hans Modrow mit seiner ‚Regierung der nationalen Verantwortung‘ war, der ab dem 13. November 1989 zu einem Hoffnungsträger für eine demokratische Entwicklung des Landes wurde. Diese Regierung, in der auch Christa Luft an entscheidender Stelle

mitwirkte, beteiligte von Beginn an die Vertreterinnen und Vertreter des Rundes Tisches an der Regierungsarbeit. Die Modrow-Regierung hatte ihre Aufgabe angenommen und prägte die Zeit durch die permanente Öffnung von Gesprächsräumen zwischen Regierung und Opposition.“

Das sagt sich heute leicht dahin. „Ich erinnere mich an den 15. Januar 1990“, so schrieb Heinz Vietze im „Disput“ im Januar 2008 „als versucht wird, die Stasi-Zentrale zu stürmen. Ich weiß nicht, wer noch in dieser Situation den Mut und die Entschlossenheit aufgebracht hätte, sich vor die aufgebrachten Bürger zu stellen und mit ihnen zu reden.“

Eine Regierung, die ihre Aufgabe wirklich angenommen hatte, genau dies bedeutete damals: Eine friedliche Revolution zu begleiten und permanent dafür die Verantwortung zu übernehmen, dass sie friedlich bleibt.

Oskar Lafontaine schrieb im Vorwort von Hans Modrows Buch „In historischer Mission“, das vor zwei Jahren erschienen ist: „Viele Deutsche zeigen Hans Modrow immer noch die kalte Schulter. Im Ausland ... sieht man ihn ein wenig anders. Dort ist der Ministerpräsident a.D. ein Elder Statesman und genießt die damit verbundene Aufmerksamkeit.“

Millionen Bürgerinnen und Bürger bewegten – gemeinsam mit der Modrow-Regierung – in den Novembertagen 1989 die Debatten um eine konföderative Lösung der deutschen Frage. Die Bürgerinnen und Bürger aus der DDR erwarteten dann – auf dem raschen Weg zur deutschen Einheit – von der Regierung eine Anerkennung ihrer Lebensleistung in einem einigen Deutschland, eine Anerkennung ihres Einsatzes für ein Nachkriegsdeutschland ohne Faschismus. Viele haben diese Debatten auch in



die Erneuerung der SED getragen, haben Antifaschismus und Friedensverpflichtung mit der politischen Verantwortung für einen demokratischen Sozialismus verbunden. Das gehört zur Geschichte der neuen LINKEN. Vieles, was nach 1989/90 in schmerzlichen Aufarbeitungsprozessen geleistet wurde, ist in der neuen LINKEN unbekannt und muss erneut erzählt werden. Noch seltener gelingt es bisher, eine Würdigung für eine besonnene und hoffnungsvolle Regierungsführung in schwierigen Zeiten öffentlich einzufordern. Das sollten wir aber tun und stolz sein, dass das auch ein Stück zur Geschichte der neuen LINKEN gehört. <



### DIE TOTEN MAHNEN UNS

„Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“

...warnte Rosa Luxemburg am 16.12.1918 in „Die Rote Fahne“.

Am 15. Januar 1919 wurden sie und Karl Liebknecht von den Feinden der Novemberrevolution heimtückisch ermordet.

Am 10. Januar 2010 gedenken wir ihrer und aller Opfer der Barbarei in Berlin-Friedrichsfelde.

„Trotz alledem!“

## Wahrheiten und kein Ende

Die Zeremonien um das „Mauerfall“-Jubiläum sind beendet. In den letzten Wochen, besonders nach der Bundestagswahl, bemühten sich viele, uns die Ereignisse des Jahres 1989 zu vergegenwärtigen. Manchmal dachte ich, es ginge um ganz unterschiedliche Begebenheiten, doch machten die Daten deutlich, dass es sich um ein und denselben Fakt handelte – so unterschiedlich kann Geschichte beschrieben werden.

In dieser Situation erwerbe ich ein Büchlein des Spotless-Verlages, geschrieben von Klaus Huhn, dem Halbbruder von Werner Eberlein. Auffallend am Text, dass er sich des Begründers der Perestrojka, Michail Gorbatschows, annimmt und diesen oft zitiert, bevor er seine eigenen Schlussfolgerungen zieht.

„**Wahrheiten über Gorbatschow**“ nennt er seine Aussagen. Auf der Titelseite blickt ein mit Bayernhut und Bierseidel ausgestatteter „Friedensnobelpreisträger“ selbstbewusst in die Weite.

Kurz und knapp formuliert der Verfasser seine Erkenntnisse. Seit den ersten Stunden des „Neuen Deutschland“ ihr Redakteur, beherrscht er sowohl die internationale und nationale Geschichte als auch das Handwerk des Journalisten. Zum besseren Verständnis für den Leser stellt Klaus Huhn einige Zitate aus Gorbatschow-Reden voran.

Anlässlich der Einweihung des Thälmann-Denkmal am 3. Oktober 1986 in Moskau lese ich: „Ernst Thälmann träumte vom Sozialismus auf deutschem Boden. Heute ist der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit. Und das ist die beste Rechenschaft, die die deutschen Werktätigen Ernst Thälmann geben können...“. Im Herbst 1999 führt Gorbatschow vor einem Seminar an der amerikanischen Universität in Ankara

aus: „Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus, dieser unerträglichen Diktatur gegen die Menschen. Von meiner Frau ... wurde ich dabei voll und ganz unterstützt. Gerade um dieses Ziel zu erreichen, nutzte ich meine Stellung in der Partei und im Lande ... Mein Ideal war in jener Zeit der Weg der sozialdemokratischen Länder ... Die Welt wird ohne den Kommunismus besser aussehen ...“ –Also hatte das ZK der SED anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR einen Feind des Sozialismus eingeladen!



Im „Mauer-Gästebuch“ steht aus dem Jahre 1986 folgende Eintragung von Gorbatschow: „Am Brandenburger Tor kann man sich anschaulich davon überzeugen, wieviel Kraft und wahren Heldenmut der Schutz des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden vor den Anschlägen des Klassenfeindes erfordert. Die Rechnung der Feinde des Sozialismus wird nicht aufgehen. Das Unterpfand dessen ist das unerschütterliche Bündnis zwischen der DDR und der UdSSR ...“.

2004 hört sich die Bewertung der „Mauer“ vor Schülern einer Schule in Berlin-Wilmersdorf so an: „Wenn ich mich an die Mauer in Berlin erinnere, spüre ich heute noch Entsetzen über dieses Bauwerk.“

Klaus Huhn beweist, dass bereits ab 1986 für führende Politiker der UdSSR „klar“ war, die DDR sei nicht mehr zu halten. Gegenüber der DDR-Führung erfolgte von sowjetischer Seite kein

Hinweis oder Rat. Geht man so mit „Freunden“ um?

Der Übernahmeprozess der DDR durch die BRD wurde wesentlich durch die sowjetische Führung unter Gorbatschow bestimmt. Im Zuge der 2+4-Verhandlungen in Bonn bat Außenminister Schewardnadse die BRD um einen Fünf-Milliarden-Kredit. Die Zahlungsbereitschaft der BRD hing ab von der Gegenleistung – der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland. Und Gorbatschow stimmte zu – eigentlich gegen den 2+4-Vertrag. Beim Politikberater Valentin Falin liest sich das so in seinen Memoiren: „Die Berater des Generalsekretärs sind dafür, daß wir die DDR ihrem Schicksal überlassen und uns damit abfinden, daß das vereinigte Deutschland der NATO beitrifft; man muß mehr daran denken, das eigene Gesicht zu wahren ...“

Lt. einer Aussage von Willy Brandt hatte Helmut Kohl Gorbatschow vorgeschlagen, „... den Personenkreis zu benennen, gegen den keine strafrechtlichen Verfahren eingeleitet werden sollen. Doch der sowjetische Präsident erwiderte, die Deutschen würden schon selbst mit diesem Problem fertig.“ Damit war dem juristischen Feldzug gegen Repräsentanten der DDR, von Ministern bis zu einfachen Grenzsoldaten, Tür und Tor geöffnet. Ich belasse es bei diesen Beispielen. Unser russischer Freund Sergej hat Gorbatschow einen „Verräter“ genannt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

P.S.: Vielleicht hat der eine oder andere Leser dieser Ausgabe eine anheimelnde Weihnachtsgeschichte als Lese-Empfehlung erwartet. Ich konnte nicht anders, ich musste diesen Text schreiben.

*Ingrid Köbke,  
Nuthe-Urstromtal*

## Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



Zufrieden mit der Politik? Wo drückt der Schuh in Ihrer Kommune? Haben Sie Fragen, die Sie schon immer einmal einem Mitglied des Deutschen Bundestags stellen wollten? Die 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat begonnen und Sie haben den Eindruck, dass die Politik sich nach der Wahl eher weniger für Ihre Probleme interessiert?

Dem ist nicht so! Diana Golze, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag sowie Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, möchte mit den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis 61 in den direkten Dialog treten. Dafür steht ab sofort neben den Bürgersprechstunden in den Wahlkreisbüros auch eine Wahlkreisumfrage auf der Internetseite

te der Abgeordneten zur Verfügung. „Nicht nur am Wahltag, sondern auch im Alltag werde ich wie bisher die Probleme der Menschen aufgreifen und mich um eine Lösung bemühen. DIE LINKE macht für ihre Politik gute und bezahlbare Vorschläge. Ich möchte weiterhin mit Ihnen dafür streiten, diese Vorschläge im Bundestag umzusetzen. Um Ihre Interessen und Meinungen hier vertreten zu können, möchte ich gern von Ihnen wissen, welche Vorstellungen, Wünsche und Forderungen Sie an die Bundespolitik haben. Ich lade Sie herzlich ein, die Fragen zu beantworten und durch Ihre eigenen Vorstellungen zu ergänzen. Sie können eine, mehrere oder alle Fragen beantworten, je nach dem, was Ihnen besonders wichtig ist. Ich

bin gespannt auf Ihre Antworten und freue mich auf unseren Dialog.“

Die 29 Fragen aus unterschiedlichen Bereichen können online unter:

[www.diana-golze.de/wahlkreis-umfrage](http://www.diana-golze.de/wahlkreis-umfrage)

beantwortet werden. Natürlich können Sie sich hier die Fragen auch herunterladen, sie per Hand ausfüllen, sie faxen oder per Brief dem Bürgerbüro Diana Golze, Straße der Einheit 53, 14806 Belzig, Fax: 033841-43880 zukommen lassen. <

## Finanzcrash und Weltwirtschaft

### Sahra Wagenknecht – Wahnsinn mit Methode

Unter diesem Motto stand die Veranstaltung am 01.11.2009 in der Bücherstadt Wünsdorf, zu der Sahra Wagenknecht erschienen war, aus ihrem Buch las und auf Fragen antwortete. Über 100 Teilnehmer waren erschienen, es mussten noch zusätzlich Stühle bereitgestellt werden.

Mucksmäuschenstill war es im Raum, als Genossin Wagenknecht aus zwei Kapiteln ihres Buches las. Schwere Kost, die sie uns da anbot: Mechanismus der gegenwärtigen Krise, ihre inneren Zusammenhänge, ihre Gewinner und Verlierer. Das Fazit: „Es gab selten ein System, das so wenige Profiteure und so viele Verlierer hatte wie der heutige Kapitalismus. Es gibt keinen Grund, sich mit ihm und in ihm einzurichten.“ Ihre Schlussfolgerung ist: Es gibt eine realistische Perspektive, nämlich die Überwindung des Kapitalismus. Sehr verständlich erklärt sie: „Der Finanzsektor, Kernbereiche der

Wirtschaft und die Daseinsvorsorge gehören in öffentliches Eigentum und brauchen demokratische Kontrolle.“ „Gewinne öffentlicher Unternehmen stärken die öffentlichen Einnahmen und kommen damit der Allgemeinheit und nicht nur einer kleinen Schicht zugute.“

Manches habe ich nicht verstanden und werde mich bemühen, das Buch noch einmal zu lesen. Auch anderen Teilnehmern ging es so, wie die anschließenden Fragen zeigten. Auch über andere aktuelle Themen wurde diskutiert, zu denen Genossin Wagenknecht ihre Meinung äußerte, so z. B.: DIE LINKE ist gewählt worden, weil sie ein klares Profil hat. Wichtig ist, dabei zu bleiben; damit sind wir politisch glaubwürdig, auch nach den Wahlen.

Bei vielen Menschen ist ganz viel Wut und Verzweiflung. Sie werden irgendwann zur Bewegung werden,

da sich Menschen nicht endlos so regieren lassen.

Dafür müssen wir als LINKE etwas tun; allein können wir das jedoch nicht erreichen, sondern nur als Teil einer großen Massenbewegung, u. a. mit den Gewerkschaften.

Auf viele Fragen ging sie ein; uns alle beeindruckte ihr Wissen auf vielen Gebieten, ihr Können, Zusammenhänge zu erklären, ihre präzise, klare und wohlthuende Sprache.

Schade, dass die Zeit so schnell verging. Herzlicher Beifall beendete diesen Abend. Anschließend haben sich viele – so auch mein Mann und ich – ihr Buch signieren lassen. Auf dem Heimweg hatte ich eine tolle Idee: Das wäre eine tolle Lehrerin für politische Ökonomie.

*Christa Zernick,  
Am Mellensee*

## Mehr politische Bildung

Der Brief des Parteivorstandes an die Mitgliedschaft vom Oktober 2009 war Anlass, mich mit der Situation unserer innerparteilichen Bildungsarbeit zu beschäftigen.

Ausgehend von dem Grundgedanken, dass wir eine gerechtere Gesellschaftsordnung in unserem Land anstreben, drängt sich die Frage nach der Organisationsform dieser neuen Gesellschaft auf. Zugleich müssen wir hinterfragen, inwieweit unsere Mitglieder über die nötige politische und gesellschaftswissenschaftliche Qualifikation verfügen, um für die Menschen im Lande eine Alternative zu entwickeln, und wie breite Schichten der Bevölkerung zu deren Umsetzung gewonnen werden können.

Es ergeben sich ein Reihe von Problemen, die wir untersuchen und fundiert beantworten müssen. Gibt es in der Vergangenheit oder aktuell Gesellschaftsentwürfe bzw. Versuche zur Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung, die in Teilen für unsere Arbeit anwendbar sind? Haben wir uns in diesem Zusammenhang z. B. ausreichend mit der Entwicklung in verschiedenen Staaten Lateinamerikas beschäftigt? Sicherlich ist es u. a. auch wichtig, unsere bisherigen Auffassungen zur angeblich sozialen Marktwirtschaft auf den Prüfstand zu stellen.

Wie halten wir es mit der politi-

schen Bildung unserer Mitglieder? Setzen wir nicht einfach voraus, dass unsere Genossen über fundierte politische Kenntnisse für die tägliche Parteiarbeit verfügen? Gerade die jüngsten Ereignisse der Finanz- und Wirtschaftskrise haben gezeigt, wie schwer komplizierte finanztechnische Vorgänge durchschaubar sind. Ebenso ist es nicht immer leicht, die politische Verschleierung der in ihrem Umfang bisher einmaligen Umschichtung des Volksvermögens von unten nach oben zu entlarven.

Insbesondere bei einer durch die Besitzverhältnisse gleichgeschalteten Presse, einem durch ständig steigende Gebühren geförderten „Verblödungsfernsehen“ und einem mit platten Sprüchen zwischen Werbung und Musiktiteln glänzenden Rundfunk sind objektive Einschätzungen der täglichen Geschehnisse unmöglich.

Die älteren Mitglieder unserer Partei können aus ihrer in der DDR erworbenen umfangreichen Bildung schöpfen. Was ist mit der Generation, die nur das Bildungssystem der BRD zur Verfügung hatte? Nach meiner Auffassung haben wir bei der politischen Bildung zu lange von der Substanz gelebt.

Die Schlussfolgerung aus der derzeitigen Situation muss eine kontinuierliche, breit angelegte und hoch qualifizierte Bildungsarbeit unserer Partei sein. Sie sollte die Geschichte

des Strebens der Menschheit nach sozialer Gerechtigkeit, nach ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit beinhalten. Bei der Bildungsarbeit darf es keinesfalls um eine Gleichschaltung unserer Genossen gehen. Wir brauchen kein „Parteilehrjahr“, in dem nur die vermeintliche Wahrheit einer kleinen Führungsschicht gilt.

Aber wir brauchen eine innerparteiliche Qualifizierung, die es uns ermöglicht, in den sich verschärfenden politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen der Gegenwart zu bestehen.

Seit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise regt sich bei immer mehr Menschen in Deutschland Zweifel an den bestehenden politischen und ökonomischen Verhältnissen.

Es ist an der Zeit, ein alternatives sozialistisches Gesellschaftsmodell zu entwickeln, mit dem sich die Menschen im Lande identifizieren können.

Nur nebenbei bemerkt: An verschiedenen deutschen Universitäten beschäftigen sich wieder Studenten in Lesekreisen mit dem „Kapital“ von Karl Marx.

Zur Entwicklung und Realisierung eines neuen und gerechteren sozialistischen Gesellschaftsmodells wird eine kontinuierliche Bildungsarbeit in unserer Partei ihren entscheidenden Beitrag leisten können.

*Karl-Peter Schneider, Blankenfelde*

## Auflösung Bilderrätsel



*Zu sehen sind hier die alte und die neue Abtei des Klosters Zinna. Es wurde 1170 im Todesjahr des Askaniers Albrecht der Bär, dem Gründer der Mark Brandenburg gegründet. Politischer Hintergrund der Klostergründung war wahrscheinlich die Absicht des Erzbischofs, der Südausdehnung der benachbarten askanischen Luckenwalder Herrschaft einen Riegel vorzuschieben. Erbaut wurde das Kloster in den Sümpfen der Nuthe von Mönchen, die aus der Zisterzienserabtei Altenberg bei Köln kamen.*

*Sie legten das Gebiet trocken und verwandelten es in fruchtbares Land. Das Kloster gewann wirtschaftliche Bedeutung für die Region. Im Jahr 1285 wurden die Stadt Luckenwalde und elf umliegende Dörfer gekauft. Auf dem Höhepunkt seiner wirtschaftlichen Blüte im Jahr 1307 betrug die Ausdehnung des Besitzes nahezu 300 km<sup>2</sup>. Für die ausgedehnte Handelstätigkeit wurden Stadthöfe u. a. in Berlin, Wittenberg und Jüterbog unterhalten. <*

## Einer von uns

**Gabi: Die Wahlen liegen hinter uns. Du hattest als Kreiswahlkampfleiter die Fäden in der Hand. Welche Herausforderungen beinhaltete dieser Wahlmarathon?**

*Manfred Thier:* Die Leser verstehen hier sicherlich, dass ich nicht alle aufzählen kann.

Der Wahlmarathon begann schon im Juni 2008 mit den Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen am 28.09.08. Seitdem befanden wir uns ständig in Phasen der Wahlkämpfe unterschiedlicher Couleur. Fast überganglos absolvierten wir dann die Europawahlen, Bürgermeisterwahlen in Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal, die Bundestags- und Landtagswahl. Daraus erwachsen natürlich vielfältige Herausforderungen, denn keine Wahl ist wie die andere.

Angefangen bei den Personalfragen, die natürlich bei einer Kommunalwahl viel umfangreicher sind als bei sonstigen Wahlen. Dann sind inhaltliche Entscheidungen zu treffen, z.B. für Wahlprogramme bzw. -aussagen. Hier sind insbesondere die bestehenden Fraktionen oder die zukünftigen KandidatInnen gefordert. Das alles muss dann noch in den entsprechenden Organisationsrahmen, sprich Konzept oder Strategie. Damit man dies umsetzen kann, braucht man auch nicht wenig Geld.

Wenn nun alle Wahlen kurz hintereinander folgen oder sogar zusammentreffen, sind die Herausforderungen besonders groß in Richtung der Wahlkämpfer und des Personenkreises, der vordergründig Verantwortung trägt. Dieser Personenkreis war in den 15 Monaten Wahlkampf fast identisch inkl. der KandidatInnen. Damit sind natürlich auch persönliche Belastungen verbunden, die oft an die Grenzen des Machbaren stießen.



**Manfred Thier**

Dafür können wir diesen Mitstreitern einfach nur dankbar sein.

**Gabi: Wie hast Du es geschafft, die verschiedenen Territorien und Wahlkreise unter einen Hut zu bringen und zu organisieren?**

*Manfred Thier:* Wichtig ist, dass man eine Mannschaft zusammen hat, die sich blind versteht, wo Vertrauen herrscht und sich jeder auf den anderen verlassen kann, so wie im Kreiswahlkampfbüro und bei den Verantwortlichen in den Regionen. Über Jahre gibt es erfahrene Mitstreiter, die wissen was zu tun ist, und die auch selbstständig handeln.

Wenn sich die Wahlkreise wie bei den Bundestagswahlen mit anderen Kreisverbänden überlagern, wird es schwierig. Mit den Kreisverbänden Brandenburg/Potsdam-Mittelmark und Potsdam ist uns das gut gelungen. Mit Dahme-Spreewald gab es doch einige Probleme, weil dortige Verantwortlichkeiten nicht richtig festgelegt waren.

Wichtig war weiterhin, dass alle Fäden im Kreisvorstand und im Kreiswahlkampfbüro zusammenliefen, die Verbindungen zum Land und Bund funktionierten und dass jemand die

Gesamtübersicht behielt. Vielleicht ist mir das ja auch gelungen, aber nur, weil ich auch die entsprechende Unterstützung hatte.

**Gabi: Welche persönlichen Schlüsse und Aufgaben ziehst Du aus dem Wahlkampf bzw. aus den Wahlergebnissen?**

*Manfred Thier:* Die guten Wahlergebnisse sind Herausforderung und Verpflichtung zugleich. Nichts ist so gut, dass man es nicht noch verbessern kann. Für die gewählten Abgeordneten besteht die Aufgabe darin, das in sie gesetzte Vertrauen durch den Wähler zu rechtfertigen, da beziehe ich mich voll mit ein.

Persönlich muss ich meinen Beruf einerseits und meine ehrenamtliche Tätigkeit als Kreiswahlkampfleiter (seit 1993) versuchen unter einen Hut zu bringen, was nicht immer einfach ist.

Wenn mir die Ideen nicht ausgehen und die Kraft reicht, lässt sich da bestimmt noch was machen, sofern die Genossen das wollen.

Wichtige Schlussfolgerungen für die kommenden Wahlen aus meiner Sicht sind:

1. Zielgerichtet neue junge Wahlkämpfer einzubeziehen bzw. durch die „Alten“ einzuarbeiten;
2. eine mittelfristige finanzielle Absicherung für notwendige Dienstleistungen von außen;
3. eine noch bessere Koordination wahlkreisbezogen mit anderen Kreisverbänden;
4. die Medienvielfalt und insbesondere das Internet noch stärker zu nutzen.

**Gabi: Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen Dir weiterhin ein gutes Gelingen.**

*Gabriele Pluciniczak,  
Nuthe-Urstromtal*

## Was ist schiefgelaufen ... bei der Gestaltung der Einheit?

Im Oktober hielt der einzige ostdeutsche Banker, der es bis in die Cheftage der Deutschen Bank geschafft hatte, in der Woltersdorfer Walkmühle einen Vortrag über Irrungen und Wirrungen der deutschen Einigung. „Die deutsche Einheit war ein Geschenk, mit dem wohl kaum ein Angehöriger meiner Generation gerechnet hatte.

Was wir aus dem Geschenk gemacht haben, ist dilettantisch. Wolfgang Herles schrieb dazu: ‚Der Diktatur des Proletariats folgte die Diktatur des Kapitals.‘ Dem schließe ich mich vorbehaltlos an, möchte jedoch hinzufügen: mit voller Unterstützung der westdeutschen Politik!

Den ostdeutschen Politikern muss ich bescheinigen, dass sie weder ahnten, worauf sie sich mit der deutschen Einheit einließen, noch etwas unternahmen, eigene Vorstellungen zu formulieren und durchzusetzen. In den meisten Fällen obsiegte die Parteidisziplin. Viele kämpften lieber um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes in der Politik als für ostdeutsche Interessen.“ 1)

„Seit 1990 frage ich mich: Warum nutzen wir das Geschenk der Einheit nicht, unser Land auch mental zu einer Nation zusammenzuschweißen? Statt dessen wurde alles daran gesetzt, die Bevölkerung in Sieger und Besiegte aufzuteilen und den Osten Deutschlands zum zweiten Mal zum Verlierer zu stempeln. Wenn man einen Krieg verliert, steht man, wenn auch verwundet, recht schnell wieder aus den Ruinen auf. Unterliegt man dagegen in einem Kalten Krieg, trampeln die Sieger über Generationen hinweg auf den Besiegten herum.“ 2)

„Nach Jahren des Aufbruchs erstarrte die Diktatur des Proletariats zur Diktatur einer Partei, die für sich beanspruchte, stets und überall Recht

## Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und  
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Helmut Scheibe in Niedergörsdorf zum 71. Geburtstag am 11.12.  
Helga Mordhorst in Luckenwalde zum 87. Geburtstag am 14.12.  
Martina Luedecke in Jüterbog zum 72. Geburtstag am 15.12.  
Werner Finkewitz in Luckenwalde zum 88. Geburtstag am 15.12.  
Heinz Köster in Blankenfelde zum 71. Geburtstag am 16.12.  
Renate Heise in Blankenfelde zum 78. Geburtstag am 20.12.  
Gerhard Krause in Großbeeren zum 87. Geburtstag am 22.12.  
Erika Herrmann in Mahlow zum 91. Geburtstag am 28.12.  
Dr. Fritz Lenk in Dahlewitz zum 78. Geburtstag am 28.12.  
Irmgard Staffehl in Mahlow zum 76. Geburtstag am 29.12.  
Elli Bartel in Zossen zum 81. Geburtstag am 04.01.  
Johanna Schabehorn in Markendorf zum 96. Geburtstag am 05.01.

**Inge Krumpach in Mahlow zum 75. Geburtstag am 13.12.**  
**Marion Harz in Kloster Zinna zum 60. Geburtstag am 19.12.**  
**Roland Scharp in Blankenfelde zum 50. Geburtstag am 26.12.**  
**Hans-Joachim Steudte in Mahlow zum 75. Geburtstag am 02.01.**

zu haben. Das Volk der DDR fegte im Herbst 1989 diesen Allmachtsanspruch hinweg und ebnete den Weg zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten. Leider gelang es uns nicht, diese Chance zu einem wahren Neuanfang zu nutzen. Sie wurde bereits durch die Volkskammer vertan. In dem das DDR-Parlament den Beitritt zur Bundesrepublik beschloss, statt über Verhandlungen zur Einheit zu gelangen, wurden nicht nur die hier gesammelten Erfahrungen und Potenzen ignoriert und weggewischt. Es wurde auch nichts Neues ausprobiert.“ 3)

Die DDR war nicht bankrott: Das Vermögen des Staates war größer als die inneren und äußeren Schulden. Der Staat war immer noch kreditwürdig. Drei Jahre nach der Einheit waren die Auslandsschulden aus dem Guthaben der DDR beglichen.

Welche finanzpolitischen Fehler wurden laut Most begangen?

1. Falsche Währungsumtauschsätze für die Einführung der D-Mark, wodurch die gesamte Wirtschaft der DDR pleite wurde.
2. Die Arbeit der Treuhandanstalt nach der Ermordung Rohwedders. Die ostdeutsche Wirtschaft wurde

innerhalb von drei Jahren privatisiert, ohne ihr eine Chance zu geben, sie am Leben zu erhalten. Nur 6% bis 8% des Industrievermögens blieben in ostdeutscher Hand. Die Industrieproduktion sank auf 20%.

Z. Zt. sind wir vor allem die verlängerte Werkbank für Westdeutschland, ohne Forschung und Entwicklung, das heißt ohne Zukunftspotential.

3. Das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung verhinderte eine erfolgreiche Entwicklung.

4. Die Beseitigung der Forschung und Entwicklung. Eine ganze Generation von Forschern wurde ins Abseits gestellt. Das hat zur Folge, dass sich die ostdeutsche Wirtschaft nicht selbst trägt.

Was ist notwendig, um aus diesem Dilemma herauszukommen?

Ein Masterplan Ost der Politik. Aber: Die gegenwärtige Bundesregierung hat das Ministerium zur Entwicklung Ostdeutschlands aufgelöst und einem Staatssekretär zugeordnet.

1)E. Most, *Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals*, Verlag Das Neue Berlin, S. 9

2)Ebenda

3)Ebenda, S. 10

## Termine

**14.12.09 17.00 Uhr**

Kreistag  
Kreishaus Luckenwalde

**16.12.09 14.00 Uhr**

Redaktion  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**21.12.09 19.00 Uhr**

Kreisvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde



**Kreisvorstand und Kreis-  
tagsfraktion DIE LINKE.  
Teltow-Fläming wünschen  
allen Genossinnen und  
Genossen, Symphati-  
santen, Mitstreitern und  
Freunden ein besinn-  
liches Weihnachtsfest,  
erholsame Tage und viel  
Enthusiasmus für das vor  
uns liegende Jahr 2010.**

### IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde,  
Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax:  
63 69 36,  
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033  
72/432691, Fax: 443033,  
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel:  
03378/510653

Spendenkonto: 363 302 7415,  
BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam  
Redaktionsschluss: 16.12. 2009, der nächs-  
ten Ausgabe: 13. Januar 2010

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in je-  
dem Fall mit der Meinung des Herausgebers  
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschrif-  
ten sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisver-  
band Teltow-Fläming,  
V.i.S.d.P.: Petra Haase, E-Mail:  
info@dielinke-teltow-flaeming.de

### An die Mitglieder des Landesvorstandes DIE LINKE Brandenburg und der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Nach den erfolgreich verlaufenen Bundes- und Landtagswahlen sehen sich die Mitglieder der Basisorganisation Dahlewitz in der Pflicht, Landesvorstand und Fraktion unserer Partei auf folgende Situation aufmerksam zu machen:

Im Zentrum unseres Wahlkampfes in der Gemeinde stand die Aufgabe, vor allem die Interessen der Bürger zur Wahrung ihrer Lebensbedingungen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld zu vertreten. Im Ergebnis der Landtagswahlen konnten wir in Dahlewitz eine wachsende Zustimmung gegenüber der vorangegangenen Wahl von 205 auf 291 Wählerstimmen verzeichnen. Jetzt werden aber seitens der künftigen Betreiber des Flughafens Bestrebungen deutlich, systematisch den Planfeststellungsbeschluss und die dazu erfolgte Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu unterwandern und ihre Profitziele vordergründig zu verfolgen.

Das zeigt sich zum Beispiel in einer zunehmenden Ignoranz gegenüber den ernst zu nehmenden aktuellen Erkenntnissen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über die gesundheitlichen Folgen der Störung des Nachtschlafs, in einer zu geringen Wertung der Anforderungen des Gerichts an das Lärmschutzkonzept der Betreiber, welches lediglich auf die unabdingbaren Maßnahmen ausgerichtet ist und u.E. die Gesamtheit an Bedingungen zur Erhaltung der Lebensqualität vernachlässigt. Das gilt auch aktuell für den Planergänzungsbeschluss, wie er von Minister Dellmann am 20. Oktober vorgestellt wurde in der Art und Weise, wie die Risiken bei Lärmschutzleistungen des Flughafenbetreibers an die vom Fluglärm betroffenen Einwohner „weitergereicht“ werden, an Versuchen zur Aushöhlung des Nachtflug-

verbots, beispielsweise durch neu eingeleitete wirtschaftlich orientierte Bedarfsgutachten, an einer überdimensionierten ergänzenden Planung von Vorfeldflächen für den Flughafen, um nur einige Elemente zu nennen.

Ein solches Verhalten darf nicht hingenommen werden, es steht in einem eklatanten Widerspruch zu unserem Wahlprogramm - das eine Gesellschaft anstrebt, in der „Geld und Gewinn“ nicht mehr „Maßstab aller Dinge“ sind. Schon heute sind einer „hemungslosen Profitwirtschaft Grenzen zu setzen“. Dazu gehört nach unserem Verständnis das im Wahlkampf verfolgte Bestreben, beispielsweise den Belastungen unserer Einwohner durch Fluglärm entschieden zu begegnen.

Wir bauen dabei auch nach den Wahlen vollinhaltlich auf die präzise Forderung im Wahlprogramm, einen „großräumigen passiven und aktiven Anwohnerschutz unter Einhaltung von Nachtflugverboten“ durchzusetzen (S. 38/39 der Broschüre bzw. Kap. 4 des Wahlprogramms - „Konsequent sozial“) sowie auf die Forderungen in den Pressemitteilungen zum BBI, wie sie zuletzt von Kerstin Kaiser am 08.09.09 erhoben wurden: „Unsere Fraktion wird sehr darauf achten, ob das Nachtflugverbot umgesetzt und nicht durch Regelungen für die sogenannten Randstunden (22.00 bis 24.00 Uhr und 5.00 bis 6.00 Uhr) aufgeweicht wird.“

Weil wir gegenwärtig die Verwirklichung dieses Zieles gefährdet sehen, wenden wir uns an euch mit der Bitte, allen euren Einfluss geltend zu machen und das Anliegen der Bürger in unserem Territorium anzuerkennen, damit auch die politische Arbeit „vor Ort“ zu unterstützen und zugleich das Ansehen unserer Partei in der Bevölkerung zu wahren und zu erhöhen.

*Im Auftrag der Basisorganisation  
Gisela Renner, Lothar Hummel,  
Dahlewitz*